

Begrüßung durch den Präsidenten des Gesamtverbands des deutschen Steinkohlenbergbaus

Dr. Werner Müller, Vorsitzender des Vorstands der RAG Aktiengesellschaft und Vorsitzender des Vorstands des Gesamtverbands des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich. Sie werden festgestellt haben, die sonst übliche Rede des Präsidenten des Gesamtverbands entfällt. Sie wird heute ersetzt durch eine Rede des Herrn Bundeskanzler. Allerdings erlaube ich mir, ihn kurz zu begrüßen.

Wenn ich hier so in den Saal sehe – der Saal fasst 1 100 Gäste, und es stehen hinten noch etliche –, haben sich die 1 200 Anmeldungen, was ungewöhnlich ist, in etwa bewahrheitet. Nun frage ich mich: Ist das Interesse an der Steinkohle so groß, oder liegt es an unserem Festredner? Nehmen wir einmal an, an beidem. Jedenfalls weiß ich, dass der Herr Bundeskanzler selbst ein großes Interesse an der Entwicklung der Steinkohle hat, und ich wäre ganz dankbar, wenn ich das jedem unserer Gäste im Saal gleichermaßen unterstellen dürfte. Sie sehen, das ist nicht selbstverständlich.

Vor zwei Jahren, am Steinkohlentag, hatte der Bundestag den Entscheid über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zu treffen. Das war damals der Grund, warum die Rede des Herrn Bundeskanzler im Jahr 2001 mehr oder weniger schlecht oder recht hier gehalten wurde. Und zwar von mir, und insgesamt rede ich ja hier

schon zum dritten Mal. Das ist eine ganz interessante Entwicklung: 1999 als Wirtschaftsminister, 2001 dann schon leicht promoviert als Vertreter des Bundeskanzlers und 2003 sozusagen als Verbandschef. Was wird wohl 2005 sein?

Verträge werden eingehalten

Aber darüber wollen wir heute nicht spekulieren, sondern ich bin kurz ans Rednerpult gekommen, um zunächst einmal auf eine schon erwähn-

te, simpel scheinende Tatsache hinzuweisen. Seit Herr Schröder Bundeskanzler ist, werden die Verträge, welche die Politik mit dem Bergbau gemacht hat, auch genau eingehalten. Und wir haben seit der rot-grünen Bundesregierung in Sachen Kohlepolitik auch für die Unternehmen und die Beschäftigten große Fortschritte gegenüber vormaligen Zeiten erzielt. Ich will die wesentlichen Eckpunkte nennen.

Als die Regierung Schröder antrat, war es üblich, dass die EU-Genehmigungen der Haushalte immer rund zwei Jahre zurücklagen, das heißt also: Im Jahr 1999 kämpfte man bei der EU um die Genehmigung des Haushalts von 1996/1997 und so weiter. Wir haben das geändert. Heute liegen die EU-Genehmigungen ex ante vor, und nicht mehr ex post. Oder: Wir haben dem Bergbau Zuwendungsbescheide bis zum Jahr 2005 gegeben, also bis zum Ende der im Jahr 1997 getroffenen Regelung, damit auch hier Planungssicherheit besteht. Wir haben eine Nachfolgeregelung für den EGKS-Vertrag hinbekommen, das wurde ganz wesentlich durch den Herrn Bundeskanzler bewirkt, im Großen wie im Kleinen. Beispielsweise indem wir irgendwann einmal, an einem Spätabend in Hannover – Herr Schmoldt, Herr Clement, ich glaube, Herr Steinmeier war noch dabei, ein Ober mit Rotwein auch – den Begriff des Kohlesockels geprägt haben. Er kam uns plötzlich in den Sinn. Das ist etwas, was Herr Clement immer für sich in Anspruch genommen hat. Jetzt, wo er nicht hier ist, kann ich ihm da mal heftig widersprechen. Es war eine Erfindung des Kanzlers, und mit diesem Begriff haben wir schlussendlich auch auf der europäischen Ebene überzeugen können. Das Energie-Europa braucht einen Sockel heimischer Energien, und darin findet die deutsche Steinkohle für Deutschland ihren Platz.

Nachfolgeregelung garantiert lebensfähigen Bergbau

Und nachdem die Regierung Schröder wieder gewählt wurde, ist – genau wie im Sommer 2002 angesagt – im Sommer 2003 mit der Nachfolgeregelung begonnen worden. Diese Nachfolgeregelung – der Rückgang der Förderung von 26 auf 16 Mill. t – ist nicht ganz das, was der Bergbau sich vorgestellt hat. Aber es ist ein Kompromiss, der ohne den Einsatz des Bundeskanzlers so auch nicht zustande gekommen wäre. Und vor allem,



es ist eine Zahl, die einen lebensfähigen Bergbau im nächsten Jahrzehnt garantiert. Und der Weg dahin, auch das ist zugesagt worden, wird wie bisher sozialverträglich sein.

So, dann werden wir also im nächsten Jahrzehnt 16 Mill. t fördern. Und das sehe ich vor allem unter dem Aspekt der Sicherung der deutschen Stromerzeugung. Wir werden mit diesen 16 Mill. t etwa 10 % der deutschen Stromerzeugung auf Basis deutscher Kraftwerke und deutscher Einsatzenergie darstellen, mit anderen Worten: auch sicherstellen.

Nun mag man fragen: Sind 10 % eigentlich viel oder wenig? Das ist Geschmacksache. Stromversorgungen brechen bereits bei weit weniger Mangelprozenten zusammen. Besonders heftig kritisiert ja immer die FDP die Steinkohlepolitik. Fragen Sie einmal die FDP, was 10 % bedeuten! Jedenfalls sind diese 10 % in einem Energiemix aus der Sicht eines Energiepolitikers unverzichtbar. Und insofern bilden sie einen Baustein von Sicherheit. Das ist so ähnlich, als ob man beispielsweise einen Panzer oder ein U-Boot bestellt, wobei man dabei ja auch noch nicht sagen kann, dass damit die gesamte Palette militärischer Sicherheit gegeben ist, sondern alles leistet einen Baustein zur Sicherheit. Übrigens wird dann dieser Panzer oder das U-Boot bei ThyssenKrupp bestellt, und die liefern diese

Sicherheitsleistung dem Staat mit Gewinnzuschlag. So weit sind wir im Bergbau noch nicht.

Wir leisten diese Sicherheit bei der DSK zu Selbstkosten und Steuern im Rahmen des Haftungsverbands seitens der RAG auch selbst derzeit noch 102 Mill. EUR zu. Dieses Geld kommt aus dem so genannten weißen Bereich außerhalb des deutschen Steinkohlenbergbaus. Und auch das ist eine Regelung, die in den letzten Jahren konsequent, so wie im Jahr 1997 beabsichtigt, weiterentwickelt wurde: Dass die RAG neben der deutschen Steinkohle auch einen weißen Bereich hält, entwickelt und die Gewinne in diesem weißen Bereich zum weiteren Ausbau desselben verwenden soll. Und ich wäre dankbar, wenn auch dieser Aspekt der bisherigen Kohlepolitik weitergeführt werden kann. Mit anderen Worten, dem Eigenbeitrag sind gewisse Grenzen gesetzt.

Damit komme ich nun zu der Frage der Finanzierungsregelung für die 16 Mill. t. Das ist der Kohleregelung zweiter Teil. Ich habe heute Morgen durch die Rede von Herrn Peter Müller gehört, einen Beitrag von 4 Mill. EUR haben wir schon in Aussicht gestellt bekommen. Insgesamt geht es aber um wesentlich größere Summen. Und das ist eigentlich der Punkt, an dem ich nahtlos an Sie, Herr Bundeskanzler, überleiten möchte.